

Stadt Mechernich
Bürgerservice
Bergstr. 1
53894 Mechernich

Antrag auf Einrichtung oder Widerruf einer Übermittlungssperre im Melderegister der Stadt Mechernich nach dem Bundesmeldegesetz (BMG)

Antragsteller/in:

Familienname:

Vorname(n):

Geburtsname:

Geburtsdatum:

Anschrift:

Damit eine **Übermittlungssperre** im Melderegister **eingetragen** wird, lege ich wie folgt Widerspruch ein:

Damit eine **Übermittlungssperre** im Melderegister **gelöscht** wird, widerrufe ich die folgenden Widersprüche:

1 Widerspruch gegen die Datenübermittlung an das **Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr** (§ 58 c Abs. 1 Soldatengesetz i.V.m. § 36 Abs. 2 Satz 1 Bundesmeldegesetz), **gilt nur bis zum 18. Lebensjahr**

2 Widerspruch gegen die Datenübermittlung an **öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften** (§ 42 Abs. 1 bis 3 Bundesmeldegesetz)

3 Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten **an Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene** in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangehenden Monaten. Hierzu gehören auch Abstimmungen im Zusammenhang mit Volksbegehren, Volksentscheiden sowie Bürgerentscheiden (§ 50 Abs. 1 und 5 Bundesmeldegesetz)

4 Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Mandatsträger, Presse und Rundfunk über **Alters- und Ehejubiläen** (§ 50 Abs. 2 und 5 Bundesmeldegesetz)

5 Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an **Adressbuchverlage** zur Herstellung von Adressenverzeichnissen in Buchform (§ 50 Abs. 3 und 5 Bundesmeldegesetz)

Datum und Unterschrift

Erläuterungen zu den einzelnen Übermittlungssperren nach dem Bundesmeldegesetz (BMG):

- **Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (Nr. 1):**
Damit das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr über den freiwilligen Wehrdienst informieren kann, übermitteln die Meldebehörden jedes Jahr jeweils zum 31. März den Familiennamen, Vornamen und die aktuelle Adresse von **Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr 18 Jahre alt werden**. Bei einem Widerspruch werden die Daten nicht übermittelt.
- **Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (Nr. 2):**
Zu den Aufgaben der Meldebehörden gehört es, an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften die Daten ihrer Mitglieder zu übermitteln.
Von Familienangehörigen eines Kirchenmitglieds, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, übermittelt die Meldebehörde einige Grunddaten. Als betroffenes Familienmitglied (in diesem Fall der Ehepartner, ein minderjähriges Kind oder die Eltern von minderjährigen Kindern) können Sie die Einrichtung einer Übermittlungssperre beantragen.
Soweit die Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft übermittelt werden, gilt dieses Widerspruchsrecht nicht.
- **Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen (Nr. 3):**
Im Zeitraum von sechs Monaten vor Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene dürfen einfache Melderegisterauskünfte über Wahlberechtigte im Rahmen von so genannten Gruppenauskünften übermittelt werden. Die Auskunft enthält Familienname, Vornamen, Doktorgrad und die aktuelle Adresse. Diese Auskunft darf nur erteilt werden, wenn Sie nicht widersprochen haben.
- **Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten über Alters- und Ehejubiläen (Nr. 4):**
Wenn Sie ein Alters- oder Ehejubiläum haben, darf die Meldebehörde Auskünfte an Mandatsträger, Presse oder Rundfunk erteilen. Die Auskünfte sind beschränkt auf Familienname, Vornamen, Doktorgrad, aktuelle Adresse sowie Datum und Art des Jubiläums.
Altersjubiläen sind der 70. Geburtstag, jeder fünfte weitere Geburtstag und ab dem 100. Geburtstag jeder folgende Geburtstag. Ehejubiläen sind das 50. und jedes folgende Ehejubiläum. Bei einem Widerspruch werden die Daten nicht übermittelt.
- **Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Adressbuchverlage (Nr. 5):**
Das Meldegesetz erlaubt eine Auskunft an Adressbuchverlage über Familienname, Vornamen, Doktorgrad und aktuelle Adresse von Einwohnern, die mindestens 18 Jahre alt sind. Die übermittelten Daten dürfen nur für die Herausgabe von Adressbüchern (Adressverzeichnisse in Buchform) verwendet werden. Dieser Auskunft können Sie widersprechen.